



PRESSEMITTEILUNG

Schwerin, 14. Juni 2017
Nr. 2/2017

Landesschülerrat fordert landesweit einheitliches Schülerticket!

Am vergangenen Wochenende trafen sich die Mitglieder des Landesschülerrats in Güstrow, um über aktuelle Themen zu beraten. Unter anderem wurde das vom Landesschülerrat geplante Projekt zur Erstellung einer Informationsbroschüre, die Schülerinnen und Schüler in leicht verständlicher Form über ihre Rechte im Schulalltag aufklären soll, maßgeblich vorgebracht. Die Arbeit an der Broschüre erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Kreis- und Stadtschülerräten. Weiter wurde über den von einem Schüler aus Löcknitz für den 15. Juni 2017 initiierten Schülerstreik debattiert. Der Landesschülerrat distanziert sich sowohl inhaltlich als auch organisatorisch von diesem Vorhaben. „Die im Streikaufruf genannten Forderungen stimmen nicht mit den aktuellen Zielen des Landesschülerrats überein“, teilt Isabel Brunk, Vorsitzende des LSR, mit. „Der Landesschülerrat spricht sich jedoch nicht grundsätzlich gegen einen Schülerstreik als Maßnahme aus“, so Brunk weiter. Hauptthema der Tagung jedoch war die Auswertung der vom Landesschülerrat zur „Digitalen Bildung“ gestarteten Onlineumfrage. „Wir haben unter anderem nach dem Stand der technischen Ausstattung sowie der Qualität der Aufklärung zum Umgang mit digitalen Medien aus Sicht der Schüler gefragt. Die aus der Umfrage gewonnenen Erkenntnisse fordern einen deutlichen Handlungsbedarf“, stellt Jakob Reese, stellvertretender Vorsitzender, fest. An der Umfrage haben sich mehr als 100 Schulen beteiligt.

Auch diskutierten die LSR-Mitglieder nochmals die Vorgehensweise zur beschlossenen Schulgesetzänderung: „Das Gremium ist tief enttäuscht, dass seine geäußerten Bedenken hinsichtlich der Urwahl des Schülersprechers in der Plenardebatte in keiner Weise angemessen adressiert worden sind. Die Schulen werden mit dem Thema Urwahl allein gelassen“, so Jannis Stöter. „Wir distanzieren uns jedoch deutlich von den in der Plenardebatte getätigten Aussagen der AFD-Fraktion und der damit verbundenen Frage, „ob“ Schülervertretungsarbeit überhaupt notwendig sei, so Stöter weiter. Auch die Debatte aus der

Landtagssitzung vom 05.04.2017 zum Thema Schülerbeförderung wurde diskutiert. Stöter erklärt hierzu: „Der Vorstand ist gerne bereit, Frau Ministerin Hesse auf ihrem vier km langen Fußweg zur Schule zu begleiten, sollte Frau Oldenburg die Einladung von Frau Hesse annehmen.“ Ein weiterer intensiver Austausch zur Schülerbeförderung fand am zweiten Tag der Mitgliederversammlung mit dem Bürgerbeauftragten des Landes, Herrn Matthias Crone, statt. Die Delegierten bekräftigten nochmals ihre Position: „Wir fordern ein landesweit einheitliches Schülerticket. Dieses steigert die Bildungsattraktivität des Landes und die Mobilität für junge Menschen in unserem Land“, so die Vorsitzende Isabel Brunk. „Wir danken Herrn Crone für seine Zeit und die tollen Einblicke, die er uns darüber hinaus in das Petitionsrecht gegeben hat und freuen uns auf weitere Austauschmöglichkeiten“, führte Brunk fort.